

Antrag der Fraktion der CDU

Berufs- und Studienvorbereitung an Bremer Schulen verbessern

Allgemeine schulische Bildung soll auf das Leben, aber insbesondere auch auf Ausbildung, Studium und Beruf vorbereiten. Dazu werden inhaltliche, soziale und methodische Kompetenzen vermittelt und Abschlüsse erworben, die im überregionalen Maßstab nicht nur formal anerkannt, sondern auch vergleichbar und konkurrenzfähig sein müssen. Zur Ausbildungs- und Studienberechtigung muss Ausbildungs- und Studierfähigkeit gehören. Dieses zu gewährleisten ist gleichermaßen eine öffentliche wie eine individuelle Verantwortung. Beides gilt es zu erhalten und zu stärken.

Unterdurchschnittliches Abschneiden Bremens in überregionalen Vergleichsstudien zu Kompetenzniveaus in der allgemeinen Bildung bedeuten in der Folge auch unterdurchschnittliche Vorbereitung sowie verminderte Chancengerechtigkeit für Bremer Schülerinnen und Schüler in beruflicher Ausbildung und Studium. Im Unterschied zur allgemeinen Bildung treten die Absolventen als Bewerber um Ausbildungs- und Studienplätze in den überregionalen Wettbewerb zu nationalen und internationalen Mitbewerbern und Mitbewerberinnen. Vergleichbarkeit als Maßstab der Qualität allgemeinbildender Abschlüsse bedeutet in diesem Sinne nicht die pauschale Forderung von unreflektierter „Verschärfung“ schulischer Anforderungen, sondern, im Gegenteil, verantwortliche Zukunftsvorsorge für unsere Kinder und Jugendlichen.

In Zeiten des zunehmenden Fachkräftemangels ist die Frage der Berufs- und Studienfähigkeit allerdings nicht nur eine individuelle, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Frage mit Blick auf die Zukunft unserer Industrie, des Handwerks und der Wirtschaft im Allgemeinen sowie unserer Standorte Bremen und Bremerhaven im Besonderen. Wie kaum eine andere Volkswirtschaft der Welt sind wir in Deutschland und auch im Bundesland Bremen auf das Wissen und Können der Menschen angewiesen, auf ihre Ideenvielfalt, ihre Initiative und Innovation durch ihre Kreativität. Grundlagen dafür müssen durch Wissen, Fertigkeiten, Orientierungen und Motivationen in der allgemeinen Bildung sowie darauf aufbauend in Ausbildung und Studium entwickelt werden. Mit unseren Schulen, der dualen Ausbildung und einer vielfältigen Hochschullandschaft beste-

hen dazu strukturell grundsätzlich bewährte Voraussetzungen, die jedoch zunehmend auf veränderte Bedingungen und Herausforderungen treffen und sich darüber hinaus auf veränderte Voraussetzungen einstellen müssen, die Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studentinnen und Studenten mitbringen.

Eine Reihe von Hinweisen deutet jedoch darauf hin, dass sich diese (auch) in Bremen nicht durchgängig positiv entwickeln. Dazu gehören nicht nur Sorgen der Betriebe und Hochschulen über unzureichend mitgebrachte Voraussetzungen hinsichtlich der Kompetenzen und der (Ausbildungs-) Reife, die immer wieder vernehmbar, häufig aber nicht konkret verifizierbar sind, sondern auch nachprüfbar Befunde: Zu hohe und offenbar steigende Abbruchquoten innerhalb der beruflichen Bildung einerseits und nunmehr Erkenntnisse über ebenfalls erhöhte Abbruchquoten im Studium sowie verminderte Abschlusschancen von Studentinnen und Studenten mit Hochschulzugangsberechtigung aus Bremen haben den gemeinsamen Nenner: Nämlich die allgemeine Bildung in Bremen, bei der im Rahmen der allgemeinen Qualitätsdebatte, insbesondere ihre Anschlussfähigkeit für berufliche Bildung und Studium zu überprüfen ist. Dazu gehört nicht nur der Faktor des erreichten Kompetenzniveaus, sondern auch berufliche Orientierung und Durchhaltevermögen unter den Bedingungen von Zeit- und Konkurrenzdruck sowie eine realistische Vergabe von Bewertungen und Abschlüssen, die nicht zu falschen Schlüssen bei der Erreichbarkeit anschließender Qualifikationen führen. Zudem richten sich hierbei nicht nur Fragen an die Schulen und ihre Absolventen, sondern auch an Eltern, Betriebe, Kammern und Hochschulen. Vermehrte Abbrüche und Wechsel in Ausbildung und Studium, nicht selten vor dem Hintergrund falsch eingeschätzter oder fehlender Orientierungen zu Anforderungen, Inhalten und Perspektiven, sind nicht nur (und nicht einmal in erster Linie) ein Schaden für Betriebe, Ausbildungsstätten und Hochschulen, der nicht zuletzt Ressourcen bindet. Es ist für die Betroffenen in Ausbildung und Studium ein (erstes) Erlebnis des Scheiterns und damit eine schwerwiegend negative Erfahrung auf dem Weg in ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben.

Die Diversifizierung der beruflichen Welt und die zunehmende Durchlässigkeit zwischen Ausbildung, Studium und Beruf gehen einher mit einer sehr ausdifferenzierten Struktur von Ausbildungs- und Studiengängen, die zwar immer breitere und vielfältigere Chancen eröffnen, für viele Absolventen des schulischen Systems ohne entsprechende Hinführung aber auch intransparent sind. Auch hier ist zu befürchten und zu verifizieren, inwieweit gerade Schülerinnen und Schüler aus sozial schwächeren Quartieren unserer zwei Kommunen, aus bildungsferneren Familien und aus kulturellen Umgebungen, die ihre eigene schulische und berufliche Sozialisation nicht in Deutschland erlebt haben, nicht immer eine ausreichende Unterstützung durch Eltern und Umfeld erhalten. Es ist deshalb gleichermaßen eine Frage der Gerechtigkeit, des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie der wirtschaftlichen Vernunft, die Hinführung der allgemeinbildenden Schulen zu Ausbildung, Studium und Beruf zu überprüfen und ggf. mit dem Ziel der Verbesserung auf neue Grundlagen zu stellen.

Darüber hinaus ist auch zu berücksichtigen: Eine in Vergangenheit und Gegenwart zu einseitige Fokussierung in Deutschland und Bremen auf die Erlangung des Abiturs und eine (zu) hohe Frequentierung der Hochschulen, verbunden mit einer spiegelbildlich tendenziell viel zu geringen Wertschätzung für die (duale) berufliche Ausbildung und ihrer breiten Chancen in Handwerk und Wirtschaft, werden den realen Anforderungen und Bedarfen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt jetzt und in Zukunft immer weniger gerecht. Diese Entwicklungen haben zu einer Überlastung der Hochschulen und einer, nach Ausbildungsberufen stark differenzierten, immer mangelhafter werdenden Nachfrage nach Ausbildungskapazitäten, nicht zuletzt in der dualen Ausbildung, geführt, die für einige Gewerke und Ausbildungsberufe bereits bedrohliche Ausmaße angenommen hat.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

- 1) Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) betont die Beschlüsse zur Verbesserung der schulischen Qualität („Qualitätsoffensive für Bildung in Bremen-Zukunftsfähigkeit Bremer Abschlüsse sichern“, Drucksache 19/1010 sowie „Unterrichtsqualität steigern und Leistung entwickeln – ein Bremer Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungsbereich gründen“, Drucksache 19/1344) als vordringlich und fordert den Senat auf, diese auch mit Blick auf die Anforderungen in Ausbildung, Beruf und Studium auszurichten und schnellstmöglich umzusetzen. Sie spricht sich dafür aus, das zu gründende Bremer Institut für Qualitätsentwicklung durch einen Beirat unter wissenschaftlicher Federführung zu begleiten. Bei dessen Besetzung sollen Vertreter der Kammern und der Hochschulen eingeladen werden sich zu beteiligen, um beruflichen sowie ausbildungs- und studienbezogenen Aspekten kontinuierlich Rechnung zu tragen.
- 2) Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) ist zudem der Auffassung, dass hohe und steigende Abbruchquoten in Studium und Ausbildung sowie zu geringe Quoten erfolgreicher Abschlüsse in Bremen die politische Priorität der Weiterentwicklung des Bremischen Schulsystems nochmals unterstreichen und zum schnellen Handeln auffordern (vgl. Studie der Universität Bremen zum Studienerfolg von Bachelor-Studenten, u. a. zitiert im Kurier am Sonntag vom 20.05.18 sowie Berufsbildungsbericht 2018), um auch das berufs- und studienbezogenen notwendige Wissen, die erforderlichen Kompetenzen und Orientierungen sowie die Ausbildungs- und Studienreife gezielter als bisher im allgemeinen Bildungssystem in den Fokus zu nehmen und durch eine zu stärkende Kultur des „leistungsbezogenen Differenzierens“ und des „Förderns und Forderns“ zu steigern. Dazu gehört spiegelbildlich die Kommunikation gleicher Wertschätzung gegenüber allen schulischen Abschlüssen einerseits und die gleicher Wertschätzung von beruflicher (dualer) Ausbildung und hochschulischem Studium andererseits.

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, insbesondere die Ursachen und Abhängigkeiten von Studienabbrüchen, Studiengangwechseln oder Studienerfolg transparenter und kontinuierlicher als bisher zu dokumentieren (z. B. in Abhängigkeit von „Abiturnoten“ oder „schulischer Herkunft“) und ggf. bestehende Lücken auch analog im Bereich der beruflichen Ausbildung zu schließen. Sie sieht eine verdichtete und in diesem Bereich differenzierte Wissensbasis als wesentliche Voraussetzung dafür an, hier nachhaltig und präventiv zu Verbesserungen zu kommen.

- 3) Um zügig (ggf.) zu Veränderungen zu kommen, wird der Senat darüber hinaus in einem ersten Schritt dazu aufgefordert, bis zum Jahresende 2018 einen Bericht vorzulegen, der aufzeigt
 - a) wie eine verstärkte Präsenz von Betrieben und Hochschulen in den Abschlussklassen von Oberschulen und Gymnasien verbindlicher als bisher sichergestellt werden kann, auch um die Transparenz von Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten mit ihren Anschlussmöglichkeiten, aber auch mit ihren Anforderungen, zu erhöhen.
 - b) wie insbesondere in den Oberschulen handlungspraktische und wirtschaftsrelevante Inhalte / Fächer und wie insbesondere in Gymnasien allgemeine Kompetenzen wie die Fähigkeiten zur Selbstorganisation und des Lernen-Lernens curricular im Querschnitt über alle Fächer gestärkt werden können, wie insbesondere in den letzten Jahrgangsstufen praxisorientiert die voraussichtlichen Anschlüsse in Ausbildung und Studium systematischer als bisher vorbereitet werden können und ob und wie hierbei Lehrende aus beruflicher Ausbildung und Hochschulen dabei vor Ort in den Schulen verstärkt unterstützen können.
 - c) inwiefern mit allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen – analog zu den berufsbildenden Schulen – Ziel-Leistungsvereinbarungen für verbindlichere (curriculare) Standards zur Berufs- und Studienorientierung geschlossen werden können, wie deren Umsetzung begleitet und kontrolliert werden kann sowie welche Voraussetzungen organisatorischer, personeller und finanzieller Art dafür bei den Schulen vonnöten wären.
 - d) inwiefern eine Stärkung des Schnittstellenmanagements bei den berufsbildenden Schulen zu den allgemeinbildenden Schulen einerseits und dem System der (dualen) beruflichen Ausbildung andererseits für die Stärkung der Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen genutzt werden kann und welche Voraussetzungen organisatorischer, personeller und finanzieller Art dafür bei den Schulen vonnöten wären.

- e) inwiefern ein eigenständiges Fach „Berufs- und Studienorientierung“, wie in Hamburg beabsichtigt, (darüber hinaus) geeignet ist, festgestellte Defizite der Kompetenzen, Orientierung sowie der Ausbildungs- und Studienreife zu reduzieren und ob und wie ggf. eine Einführung in allen Schularten möglich ist.
- f) wie Angebote zur beruflichen Orientierung und Beratung verbindlicher als bisher genutzt werden können und wie dabei die Verantwortung der Eltern einbezogen und gestärkt werden kann, auch um etwaige kulturelle und soziale Nachteile auszugleichen und die familiäre Unterstützung bei den Übergängen sowie im Ausbildungs- und Studienprozess zu verbessern.
- g) wie (schulische) Praktika in Betrieben ergänzt werden können um Einschätzungen zur Eignung für das Berufsbild und inwieweit Hospitationen (zu Semesterbeginn) an Hochschulen ermöglicht werden können, um die Organisation, Bedingungen und Anforderungen der Hochschulen transparenter als bisher machen.
- h) inwiefern eine verbesserte Ausstattung mit Kapazitäten zur Sozialarbeit in beruflichen Schulen und Hochschulen Möglichkeiten zur Intervention und Prävention eröffnet sowie ob und wie ein individuelles und verbindlich gestaltetes Mentorensystem in Ausbildung und Studium bei Übergängen, Lernprozessen, Krisen und Durchhaltevermögen unterstützen und begleiten kann.
- i) welche diesbezüglichen und mit ähnlichen Zielsetzungen implementierten Maßnahmen in anderen Bundesländern umgesetzt und auch für Bremen nutzbar sind.
- j) welche (zusätzlichen) Maßnahmen getroffen werden können und müssen, um eine realistische und vergleichbare Bewertung von Leistungen und Vergabe von Abschlüssen, die den Maßstäben anderer Bundesländer entsprechen, sicherzustellen.
- k) welche Maßnahmen geeignet sind, um das „Matching“ am Übergang in eine (duale) Ausbildung oder in ein Hochschulstudium zu verbessern.
- l) inwiefern eine Rückkehr zu einer einheitlich 13-jährigen Schulzeit bis zum Abitur geeignet und notwendig ist, um zeitliche Kapazitäten für mehr Berufs- und Studienorientierung zu schaffen, Kompetenzen und Durchhaltevermögen zu steigern, Ausbildungs- und Studienreife sicherzustellen, auch um diesbezüglich mögliche (zukünftige) Nachteile zu Absolventen anderer Bundesländer, insbesondere Niedersachsen, auszuschließen.

Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU